

Antrag

**der Abgeordneten Krzysztof Walczak, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,
Marco Schulz, Thomas Reich und Detlef Ehlebracht (AfD)**

**Betr.: Freiheit wiederherstellen und Wohlstand sichern – Hamburg braucht
das Aus für das EU-Verbrennerverbot**

Die Europäische Union hat entschieden, ab 2035 keine neuen Pkws und leichten Nutzfahrzeuge mit Verbrennungsmotor (Benzin- und Dieselfahrzeuge) mehr zuzulassen. Die entsprechenden EU-Rechtsvorschriften sind nach ihrer Billigung durch das EU-Parlament und den Rat seit über einem Jahr in Kraft. Auch Deutschland stimmte unter Ägide der Ampel-Bundesregierung dem Verbot zu.

Das EU-Verbrennerverbot ist hierbei eines der furchtbarsten Elemente der ökosozialistischen Transformationsagenda (die Ampel-Koalition schreibt in ihrem Koalitionsvertrag wörtlich von einer Umwandlung der sozialen Marktwirtschaft in eine „sozial-ökologische“). Unter den zahlreichen dirigistischen Eingriffen der EU in die Wirtschaft und den politischen Fehlentscheidungen der Ampel wiegt das Verbrenner-Aus besonders schwer. Die EU gefährdet damit den Wohlstand Deutschlands und Hamburgs. Deutschland war beim Bau und der Entwicklung von Verbrennungsmotoren über Jahrzehnte weltweit führend. Auch Hamburg hat als wichtiger Wirtschaftsstandort ein spezifisches Interesse am Erhalt der deutschen Automobilindustrie und des Verbrennungsmotors. So beschäftigt allein Mercedes-Benz in seinem Werk in Hausbruch 2.100 Beschäftigte. Dabei hat Mercedes-Benz erst jüngst wegen des nachlassenden Interesses an E-Autos bekanntgegeben, sich nicht mehr wie ursprünglich angedacht nur noch auf E-Autos konzentrieren zu wollen. Viele weitere Firmen in Hamburg fungieren als Automobilzulieferer. Viele Bürger sind zusammen mit ihren Familien somit auf eine vitale und starke Automobilindustrie in Hamburg angewiesen.

Zudem mischt sich die EU damit auf übergriffige Weise in die unternehmerische und private Freiheit sowie Lebensgestaltung der Bürger ein – und dies alles im Namen einer hysterischen Klimapolitik, welche ohnehin nicht den Klimawandel aufhalten wird. Die von der EU ins Auge gefasste Strategie, auf Kosten der Deutschen lieber auf Elektromotoren zu setzen, scheitert bereits daran, dass E-Automobile keineswegs „klimaneutral“ sind. Folgerichtig wird daher auf EU-Ebene diskutiert, die Treibhausgasbilanz von E-Autos nicht mehr mit einer fiktiven „Null“ anzusetzen, sondern die tatsächliche Emissionsbelastung durch den zum Antrieb erforderlichen Strom und seine Erzeugung mit einzubeziehen. Selbst dies würde aber nicht die gesamte Belastung von E-Autos für die Umwelt erfassen, da ebenfalls noch die Herstellung der E-Autos selbst, seiner Batterie und die Entsorgung mit einberechnet werden müsste. Berücksichtigt man alle relevanten Faktoren, ergibt sich, dass die tatsächliche CO₂-Bilanz eines Elektroautos deutlich schlechter ausfällt als die eines Verbrennerautos. Aber auch jenseits klimapolitischer Rechnungsakrobatik entpuppt sich die E-Mobilität immer mehr als Irrweg, bedenkt man beispielsweise die immer noch unzureichenden Reichweiten und langen Ladezeiten für längere Reisen mit dem E-Auto.

Im laufenden Wahlkampf für die EU-Wahl rücken nun mehrere Spitzenpolitiker, die zuvor ein Verbot unterstützt haben, von ihrer Position – wenig glaubwürdig – ab. EU-Kommissionspräsidentin und EVP-Spitzenkandidatin für die EU-Wahl Ursula von der Leyen (CDU) hat angekündigt, dass EU-Verbrennerverbot nochmals prüfen zu

wollen. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hat nach mehreren Pirouetten zur (für ihn naturgemäß vorläufigen) Position gefunden, dass das Verbrenner-Aus falsch und widersinnig sei – obwohl er es vor vier Jahren noch ausdrücklich unterstützt hat. 2007 wollte Söder noch Pkws mit Verbrennungsmotoren bereits ab 2020 verbieten.

Das Ergebnis dieser Uneinigkeit ist einerseits Chaos. Niemand weiß nun, ob es beim Verbrenner-Aus bleibt oder ob es nicht in der Zukunft zurückgenommen wird. Schon Ludwig Erhard wusste, dass Planbarkeit und Verlässlichkeit zentrale Eckpfeiler einer sozialen Marktwirtschaft sind. Insbesondere mittelständische Unternehmen können und sollen sich nicht auf hektische Veränderungen seitens der herrschenden Politik einstellen müssen. Sie müssen in ihrer Branche produktiv und konkurrenzfähig sein – die Politik hat hier lediglich einen verlässlichen (!) Rahmen zu schaffen. Daher war es von Anfang an falsch, sich mit einer Verbotspolitik derart aggressiv in die wirtschaftliche und technologische Entwicklung am Markt einzumischen und einen vorhersehbar unzuverlässigen Verbotsrahmen zu schaffen.

Andererseits darf Hamburg das nun bereits geöffnete Fenster in der politischen Debatte nicht verstreichen lassen, sondern muss sich in seinem ureigensten Interesse dafür einsetzen, dass das EU-Verbrennerverbot rückgängig gemacht wird und auch nicht mehr wiederbelebt wird. Ohne die Stimme einer großen europäischen Stadt wie Hamburg wird es nämlich ansonsten bei reinen Wahlkampfmanövern ohne jede Konsequenz bleiben. Es ist dringend notwendig, diese mutwillig schädliche Umwälzung zentraler Teile der deutschen und Hamburger Wirtschaft aufzuhalten, bevor unumkehrbare Auswirkungen eintreten.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. auf die Bundesregierung einzuwirken, damit sich die Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedsstaat der Europäischen Union für eine Aufhebung des EU-Verbots von Verbrennungsmotoren einsetzt,
2. hierfür gegebenenfalls weitere Verbündete unter den deutschen Ländern und innerhalb der Institutionen der Europäischen Union zu suchen,
3. eine branchenspezifische Strategie zu entwickeln, die geeignet wäre, Hamburg als Standort der Automobil- und Automobilzuliefererindustrie dauerhaft zu erhalten und zu fördern und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu sichern,
4. der Bürgerschaft bis zum 30. September 2024 zu berichten.